

2014

FZDW-KURZBERICHTE [NO. 2]



FORSCHUNGSZENTRUM  
DEMOGRAFISCHER  
WANDEL (FZDW)

**25 JAHRE NACH DEM MAUERFALL: POLITISCHE  
EINSTELLUNGEN IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND**  
SVEN STADTMÜLLER & BENJAMIN C. SACK

## **Hintergrund**

Seit nunmehr einem Vierteljahrhundert ist die Berliner Mauer Geschichte. Folglich existiert mittlerweile eine Generation junger Menschen, die ihre Kindheit und Jugend unter den Vorzeichen des vereinigten Deutschlands verbracht hat. Ihr steht jedoch die Mehrzahl der Bevölkerung gegenüber, die ihre politische Sozialisation inmitten des Ost-West-Konflikts erfuhr. Wie denken diese unterschiedlichen Generationen mit unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen über Demokratie und staatliche Kernaufgaben? Welche Haltung weisen sie zu politischen Sachfragen auf? Sofern in der Kindheit und Jugend zentrale Werte und politische Orientierungen erlernt werden, dürften die verschiedenen Sozialisationserfahrungen auch noch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer nachwirken und in unterschiedlichen Einstellungen resultieren. Für die junge, im vereinigten Deutschland aufgewachsene und sozialisierte Generation ist dagegen ein Einstellungskonsens zu erwarten. Diese Fragestellung ist Gegenstand des vorliegenden FZDW-Kurzberichts, der sich hierzu auf eine breite Basis sozialwissenschaftlich relevanter Umfragen stützt.

## **Die Datenbasis**

Insgesamt fußt der Bericht auf vier wichtigen sozialwissenschaftlichen Erhebungen, darunter zwei international vergleichend angelegten Studien:

- (1) Der *European Social Survey* (ESS, <http://www.europeansocialsurvey.org>) stellt eine seit 2001 laufende und alle zwei Jahre wiederkehrende Befragung in mittlerweile 29 europäischen Staaten mit variierenden Themenschwerpunkten dar. Der FZDW-Kurzbericht bezieht sich auf Daten der Erhebungswelle 2012. Der Schwerpunkt in dieser jüngsten Befragung lag u. a. auf Einstellungen zur Demokratie. Die deutsche Teilstudie wird an der Universität Bielefeld koordiniert.
- (2) Das *International Social Survey Programme* (ISSP, <http://www.issp.org>) läuft seit 1984 in mittlerweile 48 Mitgliedsländern. Im Jahr 2012 stand bereits zum vierten Mal (nach 1988, 1994 und 2002) der Themenbereich *Family and Changing Gender Roles* im Mittelpunkt. Die Befragten wurden in diesem Teil der Studie gebeten, zahlreiche Statements zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Erziehung, Heirat und zur geschlechtlichen Rollenverteilung im Allgemeinen zu bewerten. Die deutsche Teilstudie wird vom GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim koordiniert.

- (3) Bei der *German Longitudinal Election Study* (GLES, <http://www.gles.eu>) handelt es sich um eine Studie, die darauf abzielt, die Wechselwirkungen von Politik und Willensbildung im Kontext der drei Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 zu analysieren. Hierbei kommen unterschiedliche Methoden wie Befragungen und Inhaltsanalysen (z. B. der Medienberichterstattung) ebenso zum Einsatz wie verschiedene Erhebungsdesigns (es werden sowohl Längsschnitt- als auch Querschnittsdaten erhoben). Der vorliegende Bericht stützt sich auf Querschnittsdaten, die im Vorfeld und im Nachgang der Bundestagswahl 2013 generiert wurden. Die Studie wird von einem nationalen Gremium von Professorinnen und Professoren an unterschiedlichen Hochschulstandorten geleitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.
- (4) Durch die regelmäßige mediale Berichterstattung stellt das *Politbarometer* (<http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/>) die wohl bekannteste Datengrundlage des vorliegenden Berichts dar. Erhoben wird diese regelmäßige Befragung in Deutschland von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim. Neben Einstellungen zu Parteien sowie zu Politikerinnen und Politikern werden häufig auch Meinungen zu konkreten Sachfragen erfragt, die für diese Publikation von besonderem Interesse sind.

### **Einstellungen zu Demokratie und staatlichen Aufgaben**

Einstellungen und Orientierungen gegenüber dem politischen System, seiner institutionellen Struktur und den politischen Amtsträgern werden in den Sozialwissenschaften unter dem Begriff der *politischen Kultur* subsummiert. Damit unterscheidet sich die Verwendung des wissenschaftlichen Terminus der politischen Kultur deutlich von jener im öffentlichen Sprachgebrauch. Dort ist die politische Kultur zumeist ein Synonym für politische Umgangsformen („Wir beklagen einen Verfall der politischen Kultur“, „Das ist ein Tiefpunkt der politischen Kultur in Deutschland“ etc.).

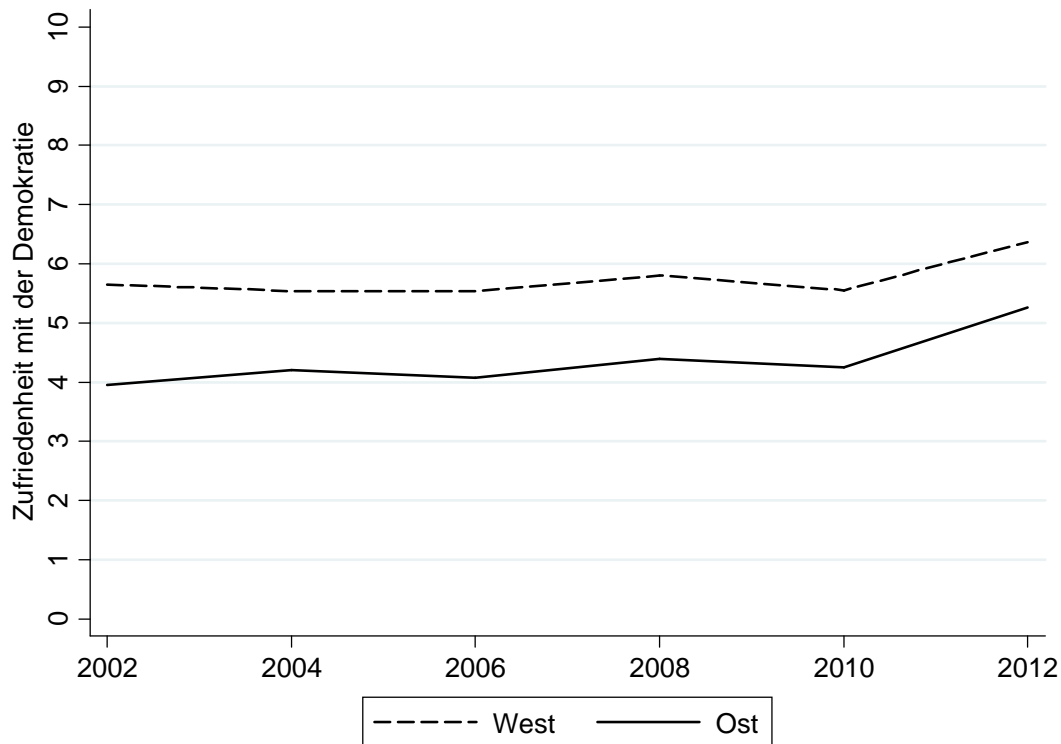
Allgemein wird davon ausgegangen, dass die politische Kultur eines Landes mit der Stabilität seines politischen Systems korreliert: existiert bspw. eine andauernde Unzufriedenheit mit dem politischen System, so resultiert dies in Wahlabstinenz oder in einem ansteigendem Protestverhalten. Wenn die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger darüber, welche Elemente eine Demokratie beinhalten soll, von der institutionalisierten Struktur der Demokratie in erheblichem Maße abweichen, kann es zusätzlich zu einem Anpassungs- und Reformdruck kommen. Diese beiden Aspekte, die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland einer-

seits, und die Vorstellungen darüber, wie ein demokratisches System ausgestaltet sein sollte andererseits, werden im Folgenden (a) im zeitlichen Verlauf, (b) im Ost-West-Vergleich und (c) in einer Kohortenanalyse (Vergleich der Ausprägung in verschiedenen Generationen) untersucht.

Glücklicherweise erfreut sich die Umfrageforschung einem dauerhaften Interesse an Fragen zur politischen Kultur, weshalb auf eine große Datenbasis zurückgegriffen werden kann, die – im Falle des European Social Survey (ESS) – zusätzlich einen Einblick in die zeitliche Entwicklung von Einstellungen und Wertorientierungen erlaubt. Auch macht es die neuste Welle des ESS von 2012 möglich, sogenannte *demokratische Wertorientierungen* zwischen Ost- und Westdeutschen zu vergleichen. Damit sind die zuvor erwähnten Vorstellungen darüber, wie ein demokratisches System ausgestaltet sein sollte, gemeint. Schließlich erlauben es diese Daten, erstmalig einen Vergleich der Generationen anzustellen und zu untersuchen, ob sich die jüngste Generation, die im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen ist, von ihren Eltern und Großeltern, die entweder in der DDR oder in der alten Bundesrepublik sozialisiert wurden, in den ausgewählten Aspekten unterscheidet.

Die erste Abbildung zeigt den Verlauf der Zufriedenheit der Ost- und Westdeutschen mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert. Die Skala bewegt sich zwischen den Werten 0 („überhaupt nicht zufrieden mit der Demokratie, so wie sie funktioniert“) und 10 („sehr zufrieden mit der Demokratie, so wie sie funktioniert“). Abgebildet ist der Verlauf des arithmetischen Mittels über sechs Messzeitpunkte hinweg.

**Abbildung 1: Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie in Ost- und Westdeutschland**



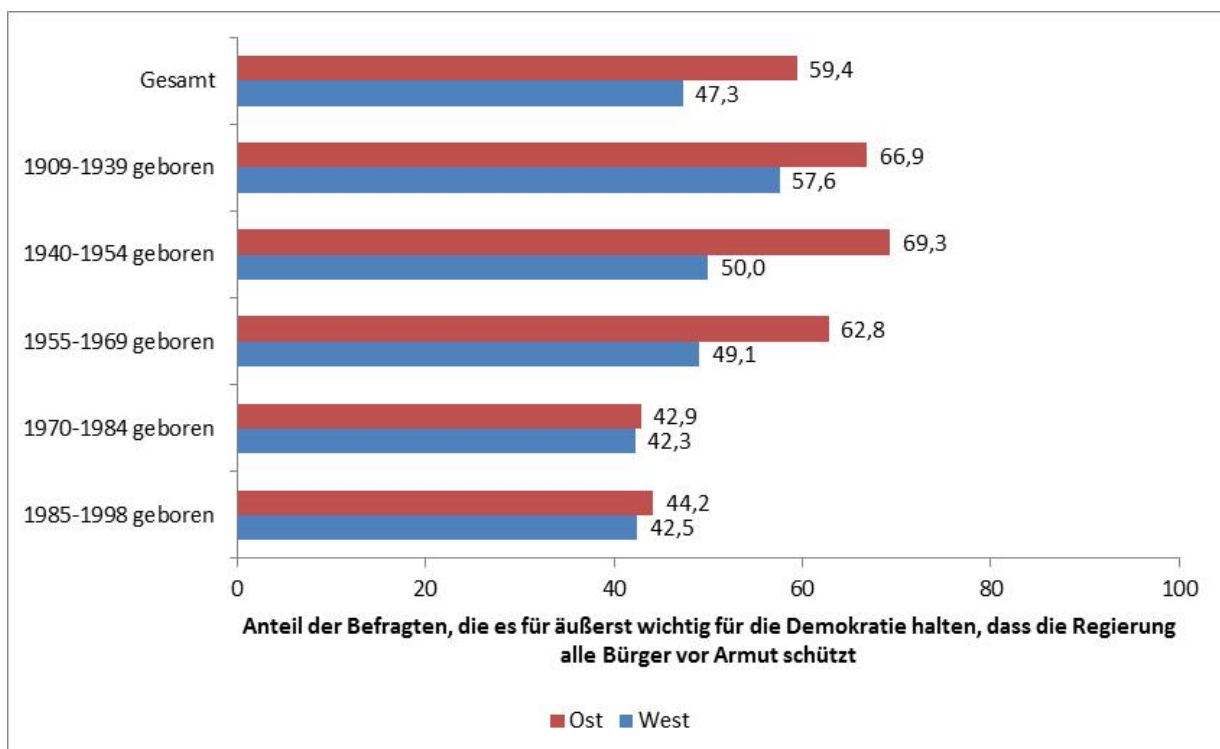
Quelle: European Social Survey (ESS), Wellen 1-6; eigene Berechnung und Darstellung.

Festzuhalten ist zunächst, dass die Ostdeutschen wesentlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind als die Westdeutschen. Dies ist ein konstanter Befund der Politischen Kulturforschung in Deutschland und er bestätigt sich nach wie vor. Zudem können drei weitere, zentrale Befunde abgelesen werden. Erstens ist das Zustimmungsniveau im Allgemeinen eher als mittelmäßig zu bewerten und – zumindest von 2002 bis 2010 – von großer Konstanz geprägt. Im Vergleich hierzu wurde, zweitens, das Funktionieren der Demokratie in Deutschland im Jahr 2012 in beiden Landesteilen weitaus positiver bewertet. Ebenfalls ersichtlich ist, drittens, dass sich die Unterschiede in der Zufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen verringern. Während im Jahr 2002 der Unterschied des arithmetischen Mittels noch fast zwei Skalenpunkte betrug, reduzierte er sich im Jahr 2012 auf nur noch einen Skalenpunkt.

Insgesamt liegt somit in einer zentralen Dimension der politischen Unterstützung, namentlich in der Zufriedenheit mit der Demokratie, nach wie vor ein markanter Unterschied in der Bewertung zwischen Ost- und Westdeutschen vor, auch wenn sich dieser in jüngeren Jahren reduzierte. Aus theoretischer Sicht gibt es zahlreiche Ansätze, die diesen Unterschied zu erklären versuchen. Neben der – verglichen mit dem Westen – anhaltend ungünstigeren wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern konnte Ende der 1990er Jahre nachgewie-

sen werden, dass sich Ost- und Westdeutsche auch darin unterscheiden, was sie unter Demokratie verstehen.<sup>1</sup> Während Westdeutsche ein Demokratieverständnis ausgebildet haben, das sich eher am Wert der Freiheit orientiert, ist das Demokratieverständnis der Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Bundesländern eher am Wert der Gleichheit, insbesondere der sozialen Gleichheit, ausgerichtet. Zurückgeführt wurden diese Unterschiede in den demokratischen Wertorientierungen maßgeblich auf die Sozialisation beider Bevölkerungsteile in zwei verschiedenen politischen Systemen. Im Folgenden soll daher ein Blick auf zwei zentrale demokratische Wertorientierungen geworfen werden. Dabei wird untersucht, ob diese Unterschiede fortbestehen oder aber im Begriff sind, sich aufzulösen. Im Fokus stehen dabei egalitäre Demokratieprinzipien, also Orientierungen, die den Wert der (sozialen) Gleichheit mit der Demokratie verbinden.

**Abbildung 2: Zustimmung zum Prinzip der Wohlfahrtsstaatlichkeit im Ost-West- und Kohortenvergleich**



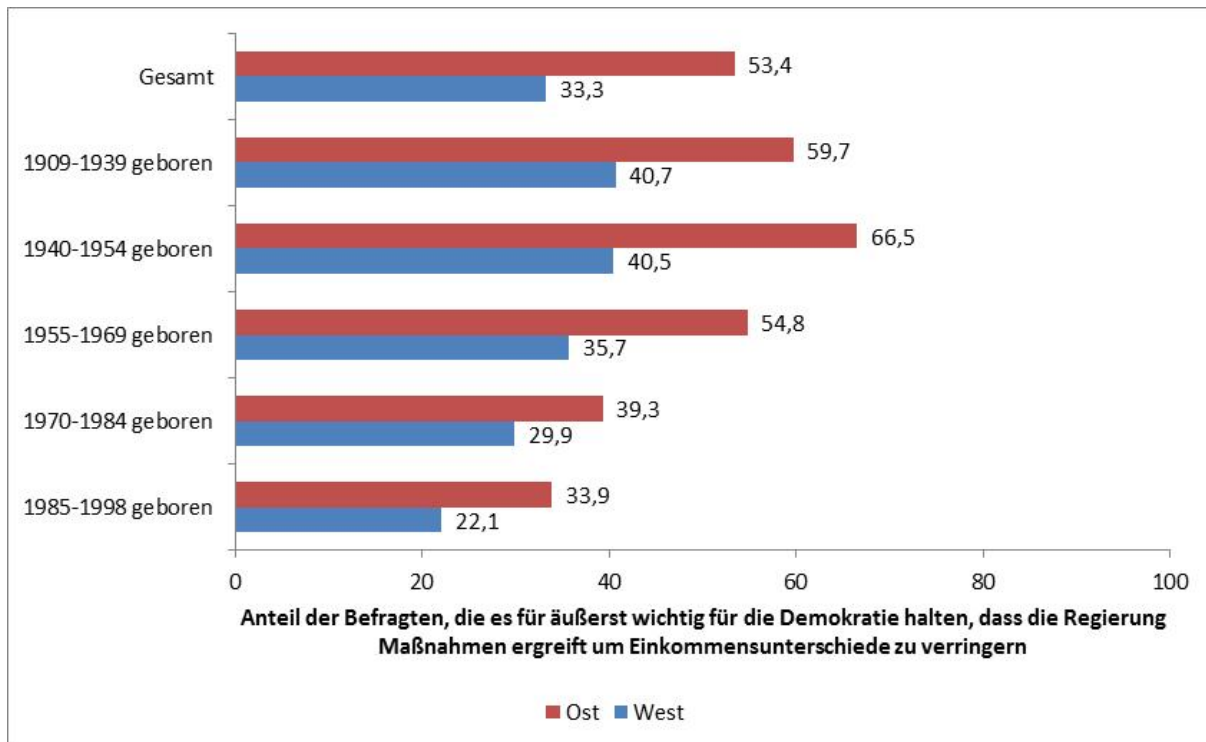
Quelle: European Social Survey (ESS) 2012; deutsche Teilstudie; eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 2 zeigt die Zustimmung zur Aussage, dass es für eine Demokratie im Allgemeinen äußerst wichtig ist, dass die Regierung alle Bürgerinnen und Bürger vor Armut schützt. Diese Einstellung kann als Orientierung gegenüber dem Prinzip der Wohlfahrtsstaat-

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang ist vor allem an den Beitrag von Dieter Fuchs (1997) zu denken: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Leske + Budrich, S. 81-113.

lichkeit aufgefasst werden. Ein Blick auf den Gesamtunterschied zwischen Ost- und Westdeutschen zeigt, dass hier noch immer erhebliche Einstellungsunterschiede zu konstatieren sind. So vertreten in Ostdeutschland 59,4 Prozent der Befragten die Auffassung, dass es äußerst wichtig für eine Demokratie ist, alle Bürgerinnen und Bürger vor Armut zu schützen. In den alten Bundesländern beläuft sich die Zustimmung zu dieser Aussage dagegen nur auf 47,3 Prozent. Von besonderem Interesse ist nun der Kohortenvergleich, ist es doch aus theoretischer Sicht plausibel anzunehmen, dass sich die Unterschiede maßgeblich in den älteren Generationen erkennen lassen, da diese in unterschiedlichen politischen Systemen aufgewachsen und sozialisiert wurden. Die jüngeren Generationen im Ost- und Westteil des Landes sollten sich dagegen weniger stark oder gar nicht mehr unterscheiden, da diese die prägenden Phasen der politischen Sozialisation im gleichen politischen System verbracht haben. Tatsächlich wird dies bei der Zustimmung zum Prinzip der Wohlfahrtsstaatlichkeit deutlich. Während in den ältesten Generationen erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen existieren, weisen die Zustimmungswerte in den jüngsten Generationen nur noch sehr geringe Unterschiede zwischen beiden Landesteilen auf. Für die Generation der 1940-1954 Geborenen stimmten beispielsweise mehr als zwei Drittel (69,3 Prozent) der ostdeutschen Befragten der Aussage zu, dass es äußerst wichtig für die Demokratie im Allgemeinen ist, dass die Regierung alle Bürgerinnen und Bürger vor Armut schützt. In der identischen Geburtskohorte in Westdeutschland ist es nur die Hälfte (50,0 Prozent). Der Unterschied beläuft sich somit auf nahezu 20 Prozentpunkte. In den Kohorten 1970-1984 und 1985-1998 marginalisiert sich dieser Unterschied hingegen auf 0,6 beziehungsweise auf 1,7 Prozentpunkte.

Ein ähnliches, wenn auch etwas weniger deutliches Bild zeigt sich mit Blick auf die Zustimmung zur Frage, wie wichtig es für die Demokratie im Allgemeinen ist, dass die Regierung Maßnahmen ergreift, um die Einkommensunterschiede zu verringern. Dieses wird als wesentlich radikaleres Prinzip der sozialen Gleichheit verstanden, da es eine direkte Umverteilung impliziert.

**Abbildung 3: Zustimmung zum Prinzip der sozialen Gleichheit im Ost-West- und Kohortenvergleich**

Quelle: European Social Survey (ESS) 2012; deutsche Teilstudie; eigene Berechnung und Darstellung.

In Abbildung 3 ist, analog zur vorigen Grafik, die Einstellung zu diesem Prinzip anhand der Anteilswerte der Zustimmung ost- und westdeutscher Befragter verschiedener Geburtskohorten abgebildet. Im Vergleich zum Prinzip der Wohlfahrtsstaatlichkeit wird hier eine allgemein niedrigere Zustimmung deutlich, was der zuvor erwähnten stärkeren Radikalität des Prinzips geschuldet ist. Der Ost-West-Vergleich für alle Befragten lässt zunächst erneut einen deutlichen Unterschied von 20,1 Prozentpunkten erkennen. Ein Vergleich der Geburtskohorten fördert nun abermals zutage, dass sich die Unterschiede in beiden Landesteilen maßgeblich auf die älteren Generationen konzentrieren: Während sich die Einstellungsdifferenz zwischen ost- und westdeutschen Befragten in der Generation der 1940-1954 Geborenen auf 26,0 Prozentpunkte beläuft, beträgt er bei den 1970-1984 Geborenen lediglich 9,4 und bei den 1985-1998 Geborenen 11,8 Prozentpunkte.

Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass in zentralen Aspekten der politischen Kultur, nämlich in der Demokratiezufriedenheit und in demokratischen Wertorientierungen, auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer noch immer erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen zu konstatieren sind. So sind Ostdeutsche generell unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie und stimmen egalitären Demokratieprinzipien stärker zu als Westdeutsche. Auch wenn sich diese Unterschiede allmählich verringern, so zeigt sich doch, gerade in den älteren, in der ehemaligen DDR sozialisierten Generationen, das „sozialistische



Erbe“ und sein Einfluss auf die Ausprägung von politischen Einstellungen und Wertorientierungen – auch noch ein Vierteljahrhundert nach Überwindung der deutschen Teilung.<sup>2</sup>

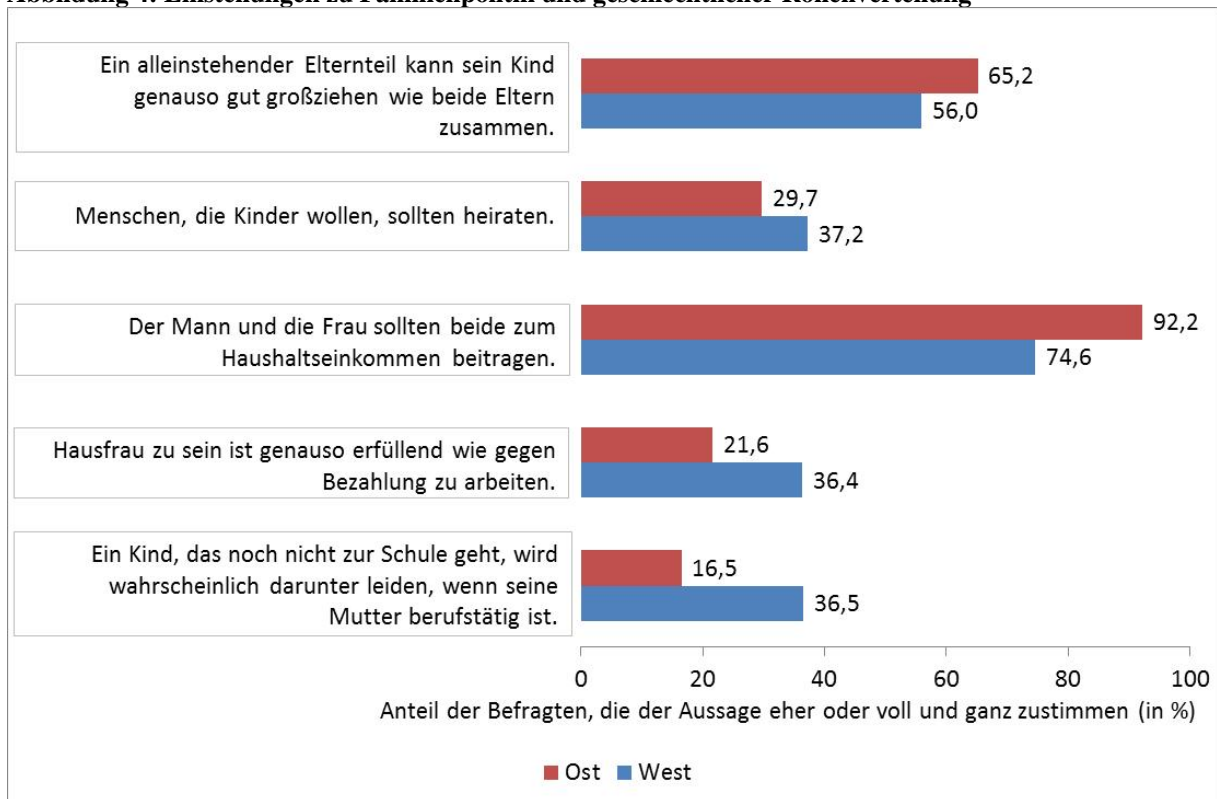
### **Einstellungen zu politischen Sachfragen**

Bis heute erfahren die Unterschiede in der Frauen- und Familienpolitik zwischen der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik rege Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion. Eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen war in der ehemaligen DDR politisch gewollt und wurde dank eines breiten Angebots staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen auch realisiert. In der alten Bundesrepublik dominierten hingegen das Alleinverdienermodell und die Hausfrauenehe als familienpolitische Leitbilder. Entsprechend sind in diesem Themenfeld Einstellungsunterschiede zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Landesteile zu erwarten.

In der folgenden Abbildung 4 sind zunächst Einstellungen zu Beruf und Familie, zu Heirat und zur geschlechtlichen Aufgabenverteilung im Ost-West-Vergleich ausgewiesen. Dabei sind die Anteile derjenigen Befragten dargestellt, die der jeweiligen Aussage eher oder voll und ganz zustimmen. Um die unterschiedliche Sozialisation in den alten bzw. neuen Bundesländern zu erfassen, wurde auf die Information zurückgegriffen, in welchem der beiden Landesteile die interviewte Person ihre Jugend verbracht hat.

---

<sup>2</sup> Zu einem ähnlichen Befund gelangt man, wenn man auf der Grundlage der Daten des GLES die Zustimmung zu der Aussage „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ analysiert. Während in den neuen Bundesländern rund die Hälfte der Befragten (49,7 Prozent) dieser Aussage zustimmt, sind es in den alten Bundesländern nur 36,0 Prozent. In der jungen Generation ist die Differenz zwischen Ost aber nur halb so groß.

**Abbildung 4: Einstellungen zu Familienpolitik und geschlechtlicher Rollenverteilung**

Quelle: International Social Survey Programme 2012, deutsche Teilstudie; eigene Berechnung und Darstellung.

Die Abbildung macht erstens deutlich, dass die Mehrheitsverhältnisse in beiden Landesteilen identisch sind. Demnach bejaht eine Mehrheit der Befragten in Ost wie in West die Aussage, dass Alleinerziehende dazu in der Lage sind, ihr Kind genauso gut großzuziehen wie beide Eltern zusammen. Gleiches gilt für die Aussage, dass Mann und Frau gemeinsam zum Haushaltseinkommen beitragen sollten. Hingegen erreichen die übrigen drei Statements sowohl bei Ost- als auch bei den Westdeutschen Zustimmungswerte, die weit unterhalb von 50 Prozent angesiedelt sind. Diese Resultate signalisieren einen Grundkonsens zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Landesteile.

In der genaueren Betrachtung sind jedoch, zweitens, Einstellungsunterschiede zwischen Befragten aus den alten und aus den neuen Bundesländern erkennbar – und zwar dergestalt, dass die Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger aus der ehemaligen DDR den dortigen familienpolitischen Leitlinien entsprechen. Dementsprechend sind die Befragten aus Ostdeutschland deutlich stärker der Auffassung, beide Geschlechter sollten gemeinsam zum Haushaltseinkommen beitragen. Umgekehrt betrachten sie zu geringeren Anteilen die Erwerbstätigkeit von Müttern als schädlich für das Kind und die reine Fokussierung auf die Rolle der Hausfrau als ein Äquivalent zu bezahlter Erwerbsarbeit. Auch die stärkere Zentrierung auf die Institution Ehe in der alten Bundesrepublik wird aus den Umfrageergebnissen ersicht-

lich: So sind Befragte aus den alten Bundesländern häufiger der Ansicht, Menschen, die Kinder wollen, sollten auch heiraten.

**Tabelle 1: Einstellungsdifferenzen zwischen unterschiedlichen Geburtskohorten**

	Geburtsjahrgänge 1915-1984			Nachwendegeneration (1985 und später)		
	West	Ost	abs. Diff.	West	Ost	abs. Diff.
Ein alleinstehender Elternteil kann sein Kind genauso gut großziehen wie beide Eltern zusammen.	54,8	66,7	<b>11,9</b>	61,7	55,2	<b>6,5</b>
Menschen, die Kinder wollen, sollten heiraten.	38,6	30,8	<b>7,8</b>	29,1	22,0	<b>7,1</b>
Der Mann und die Frau sollten beide zum Haushaltseinkommen beitragen.	72,8	92,6	<b>19,8</b>	85,0	88,1	<b>3,1</b>
Hausfrau zu sein ist genauso erfüllend wie gegen Bezahlung zu arbeiten.	35,7	21,8	<b>13,9</b>	39,9	20,8	<b>19,1</b>
Ein Kind, das noch nicht zur Schule geht, wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.	37,4	15,9	<b>21,5</b>	31,7	22,0	<b>9,7</b>

Quelle: International Social Survey Programme 2012, deutsche Teilstudie; eigene Berechnung und Darstellung.

Unterscheidet man in der Folge jene Geburtsjahrgänge, die ihre politische Sozialisation zur Zeit des Ost-West-Konflikts erfuhren von der Nachwendegeneration, so ist in der Tat erkennbar, dass die Einstellungsunterschiede zwischen beiden Landesteilen in der Generation der 1985 und später Geborenen markant geringer ausfallen. Die Ausnahme bildet lediglich die Zustimmung zur Aussage „Hausfrau zu sein ist genauso erfüllend wie gegen Bezahlung zu arbeiten“. Interessanterweise weist hier die Nachwendegeneration in den alten Bundesländern eine höhere Zustimmung auf als die ebenfalls dort lebenden älteren Kohorten, während bei den übrigen Items erwartungsgemäß Einstellungen eher bei den jungen Menschen dominieren, die in Richtung egalitärer Rollenmodelle und Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerichtet sind. Hier bahnt sich ein Einstellungskonsens zwischen beiden Landesteilen an, der von der Nachwendegeneration getragen wird.

Im Folgenden sollen noch weitere Einstellungen zu politischen Sachfragen betrachtet werden, um das bisherige Bild zu ergänzen. Hierzu wird auf Daten des Politbarometers aus dem Jahr 2012 zurückgegriffen. Als konkrete politische Sachfragen kommen dabei zur Sprache:

(1) Die stärkere Besteuerung höherer Einkommen

*(Fragestimulus: Von Seiten der SPD, der Linken und der Grünen gibt es die Forderung, sehr hohe Einkommen stärker zu besteuern als bisher. Sind Sie für eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen oder sind Sie dagegen?)*

(2) Die Einführung einer Frauenquote in größeren Unternehmen

*(Es gibt eine Diskussion über eine gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Dazu gibt es den Vorschlag, dass ein bestimmter Anteil aller Führungspositionen in größeren Unternehmen mit Frauen besetzt werden muss. Sind Sie grundsätzlich für solch eine gesetzliche Frauenquote oder sind Sie dagegen?)*

(3) Die künftige Beteiligung Griechenlands am EURO

*(Was meinen Sie zu Griechenland? Soll Griechenland weiterhin am Euro beteiligt bleiben oder soll es das nicht?)*

(4) Der Ausstieg aus der Atomenergie

*(Im letzten Jahr hat die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP den Ausstieg aus der Atomenergie nach einem festen Zeitplan bis zum Jahr 2022 beschlossen. Finden Sie diesen Ausstieg aus der Atomenergie richtig oder finden Sie ihn nicht richtig?)*

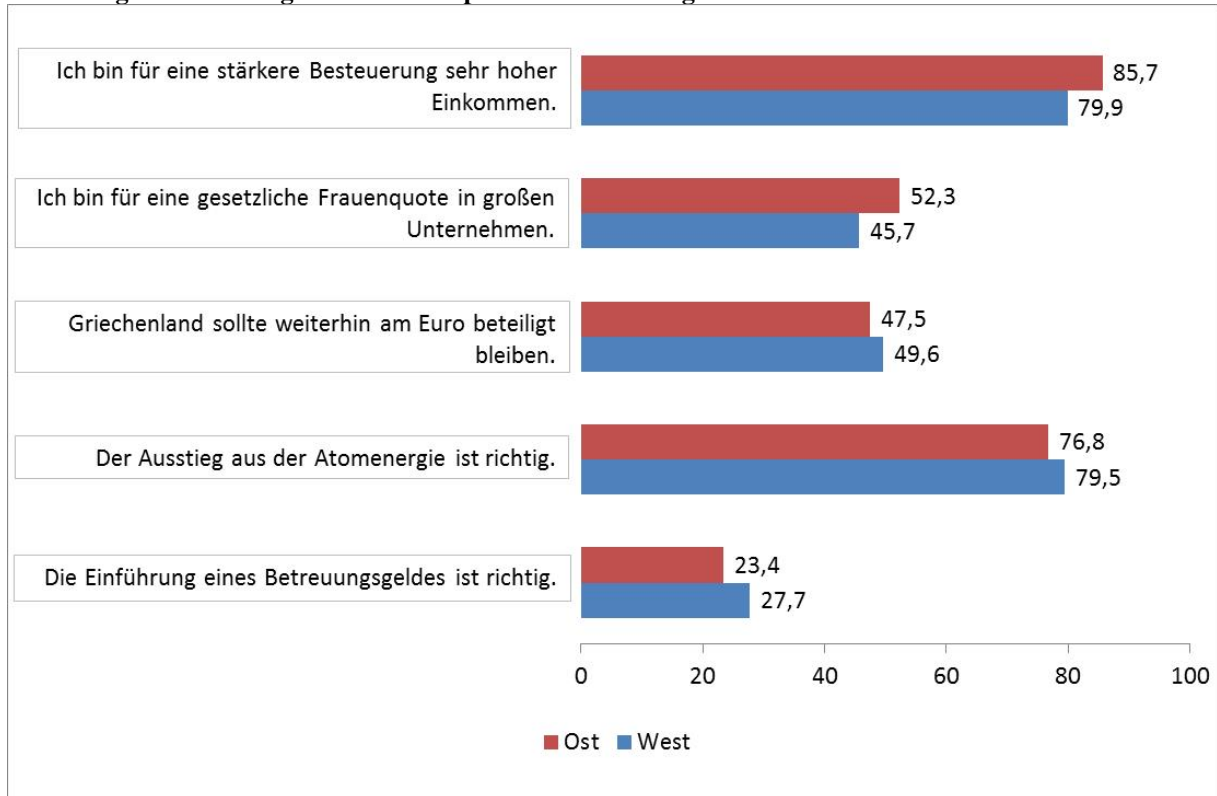
(5) Die Einführung des Betreuungsgeldes

*(Die Bundesregierung aus CDU/CDU und FDP plant, an Eltern, die für ihre Kinder unter drei Jahren keinen Platz in einer Kindertagesstätte in Anspruch nehmen, ein Betreuungsgeld von bis zu 150 Euro im Monat zu zahlen. Finden Sie das richtig oder finden Sie das nicht richtig?)*

Anders als noch im Rahmen des ISSP ist im Politbarometer die Ost-West-Zuordnung eines Befragten lediglich auf der Grundlage des Erhebungsgebiets möglich, da keine Informationen darüber vorliegen, in welchem Landesteil die Befragungsperson ihre politische Sozialisation erfuhr. Dies mag zu einer leichten Unterschätzung von Unterschieden zwischen beiden Landesteilen führen. Auch hinsichtlich der Kohorteneinteilung gelingt eine genaue Differenzierung nach Geburtsjahren nicht, da im Politbarometer lediglich das Lebensalter in gruppierter Form abgefragt wird (21 bis 24 Jahre, 25 bis 29 Jahre usw.). Als Nachwendegeneration werden entsprechend in der Folge jene Personen verstanden, die zum Zeitpunkt der Befragung (2012) nicht älter als 24 Jahre gewesen sind (entspricht den Geburtsjahrgängen 1987 und 1988).

In der folgenden Abbildung 5 sind nun zunächst wieder die Verteilungen getrennt nach Erhebungsgebiet ausgewiesen:

**Abbildung 5: Einstellungen zu diversen politischen Sachfragen**



Quelle: Politbarometer 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

Im Unterschied zu den spezifischen Einstellungen zur Frauen- und Familienpolitik sind die Einstellungsunterschiede zu diesen fünf Sachfragen vergleichsweise gering. Lediglich die Einführung einer Frauenquote und die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen werden in den neuen Bundesländern ein gutes Stück positiver bewertet als in den alten Bundesländern. Umgekehrt ist in den alten Ländern die Befürwortung des Betreuungsgeldes höher. Auch diese (geringen) Einstellungsunterschiede sind mit dem „sozialistischen Erbe“ der ehemaligen DDR in Verbindung zu bringen, da dort geringe Einkommensunterschiede sowie eine hohe Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt explizite Staatszielvorstellungen darstellten. Daher erscheint auch hier der Blick auf verschiedene Geburtskohorten lohnenswert.

**Tabelle 2: Einstellungsdifferenzen zwischen unterschiedlichen Geburtskohorten**

	Geburtsjahrgänge 1915-1986			Nachwendegeneration (1986/87 und später)		
	West	Ost	abs. Diff.	West	Ost	abs. Diff.
Ich bin für eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen.	81,0	86,0	<b>5,0</b>	64,6	75,0	<b>10,4</b>
Ich bin für eine gesetzliche Frauenquote in großen Unternehmen.	45,5	52,2	<b>6,7</b>	49,1	57,6	<b>8,5</b>
Griechenland sollte weiterhin am Euro beteiligt bleiben.	50,0	47,5	<b>2,5</b>	42,9	44,7	<b>1,8</b>
Der Ausstieg aus der Atomenergie ist richtig.	79,3	76,8	<b>2,5</b>	81,7	76,2	<b>5,5</b>
Die Einführung eines Betreuungsgeldes ist richtig.	26,8	22,8	<b>4,0</b>	42,7	50,9	<b>8,2</b>

Quelle: Politbarometer 2012, deutsche Teilstudie; eigene Berechnung und Darstellung.

Entgegen den ursprünglichen Erwartungen fallen die Einstellungsunterschiede zwischen Befragungspersonen aus den alten und den neuen Bundesländern, die zugleich der Nachwendegeneration angehören, eher stärker als schwächer aus. Zu überraschen vermag zudem der allgemeine Befund, wonach die Einführung des Betreuungsgeldes in der jungen Generation deutlich positiver bewertet wird als in den älteren Kohorten. Insgesamt zeichnen Abbildung 5 und Tabelle 2 jedoch das Bild eines weitgehenden Einstellungskonsenses zwischen Befragten aus beiden Landesteilen hinsichtlich der dort berücksichtigten politischen Sachfragen.

### **Bilanz**

Die Ergebnisse des vorliegenden FZDW-Kurzberichts unterstreichen in der Zusammenschau, dass auch 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer noch nicht vollständig zusammengewachsen ist, was – so die bekannten Worte von Altkanzler Willy Brandt – zusammengehört. Die hier präsentierten Befunde, die von Unterschieden in den Einstellungen zwischen Personen aus den alten und aus den neuen Bundesländern zeugen, könnte man beliebig fortführen: Befragte aus den neuen Bundesländern stufen sich im Mittel politisch weiter links ein und fühlen sich in stärkerem Maße der Arbeiterschicht zugehörig als dies auf ihre Landsleute aus den alten Bundesländern zutrifft. Doch nicht nur auf der Einstellungsebene sind Unterschiede unverkennbar, auch auf der Ebene des politischen Verhaltens existieren massive Ost-West-Differenzen. Zu denken ist hier zuvorderst an das Wahlverhalten. Nicht umsonst sprechen viele Wahlforscherinnen und Wahlforscher von einem spezifisch ostdeutschen Parteiensystem, in dem die Linkspartei eine weitaus exponiertere Stellung einnimmt als im Westteil des Landes.

Allerdings greift eine bloße Fokussierung auf das, was die Menschen in Ost und West trennt, aus dreierlei Gründen zu kurz: Erstens ist, allen Unterschieden zum Trotz, ein allgemeiner Grundkonsens sowohl in der politischen Kultur als auch hinsichtlich der Bewertung politischer Sachfragen vorhanden. Es handelt sich vielmehr eher um graduelle denn um fundamentale Unterschiede in der Bewertung von Demokratie und politischen Themen. Zweitens konzentrieren sich die Unterschiede nur auf ausgewählte Aspekte der politischen Kultur – wie z. B. auf die Demokratiezufriedenheit und die Bewertung egalitärer Demokratieprinzipien – und auf einzelne Politikfelder, und zwar auf frauen- und familienpolitische Sachfragen. In anderen Bereichen der politischen Kultur, bspw. im Vertrauen in die Institutionen oder in der subjektiven Wichtigkeit anderer demokratischer Prinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit oder freie Wahlen, fallen die Differenzen deutlich geringer aus. Gleiches gilt auch für politische Sachfragen jenseits der Familienpolitik. Drittens ist schließlich in der jungen Generation, die ihre politische Sozialisation im vereinigten Deutschland erfuhr, ein weitaus höheres Maß an Übereinstimmung in der politischen Kultur und in der Bewertung politischer Sachfragen zu konstatieren. Somit sollten bei den nachwachsenden Generationen das Denken in Ost-West-Kategorien und das sozialistische Erbe der ehemaligen DDR eine weniger bedeutsame Rolle spielen.

#### **Impressum**

Frankfurt University of Applied Sciences  
Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW)  
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

© FZDW, 2014